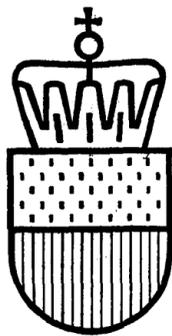


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Dienstag, 6. August 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 117

Europa sucht die grosse Linie

Der Verfasser des folgenden Beitrags, Rechtsanwalt Gustav Stein, Mitglied des Deutschen Bundestages, ist auch geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

DK Köln - Gegenwärtig nehmen in der Bundesrepublik Deutschland die gesetzlichen Sozialabgaben mindestens 28 Prozent von Löhnen und Gehältern jedes einzelnen Arbeiters und Angestellten weg. Nimmt man die direkten und indirekten Steuern, die für Sozialausgaben verwendet werden, hinzu, dann ergibt sich für das Gros der westdeutschen Arbeitnehmer-Einkommen ein Sozialabzug von etwa 40 Prozent. Das bedeutet, dass der deutsche Bürger, der 1913 rund elf Tage im Jahr arbeiten musste, um das Geld für die amtlichen Sozialausgaben zu verdienen, seit 1960 dafür 50 Tage arbeiten muss. 1938 waren es 22 Tage und 1950 schon 44 Tage. Obwohl in der Bundesrepublik mit der Wohlstandszunahme das objektive Bedürfnis nach Sozial-Leistungen abnahm, stiegen die gesamten gesetzlichen Sozial-Leistungen von 12 Milliarden DM im Jahre 1950 auf 44 Milliarden DM im Jahre 1962.

Die frühere deutsche Sozialgesetzgebung beschränkte sich darauf, die wirklich Schutzbedürftigen zu schützen. Von dieser Grundlage hat man sich jedoch mit zunehmender Geschwindigkeit entfernt. Die neuere Entwicklung bewegt sich in Richtung auf den Versorgungsstaat. Dabei ist eine Verquickung der auf dem Versicherungsprinzip basierenden Gefahren-Gemeinschaft mit der Versorgung und Wohlfahrtszahlung aus Steuermitteln entstanden. Immer häufiger war in den letzten Jahrzehnten der Ruf nach staatlicher Hilfe zu hören. «Der Staat» soll alles bezahlen, oder «die Wirtschaft» oder «die Arbeitgeber». Erst neuerdings wächst auch beim sogenannten kleinen Mann die Einsicht, dass er selbst als Steuerzahler die Mittel des Staates aufbringen und als Verbraucher die Preise des Arbeitgebers zahlen muss. Kürzlich hat bei einem harten Tarif-Konflikt in der Metallindustrie das Verhalten der Bevölkerung einen eindeutigen Beweis dafür geliefert.

Gefahr für den Mittelstand

Es wächst die Erkenntnis, dass der Staat seine Pflicht gegenüber seinen Bürgern nicht durch ein steriles Weiterdrehen, sondern durch ein Stopfen der Sozialschraube erfüllt. Das ist seine Pflicht gegenüber den Arbeitnehmern, die mit Sozial-Beiträgen aller Art bis

an die Grenze des Erträglichen belastet sind, und gegenüber den Unternehmern, deren Bemühungen um Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität immer wieder von der Kostenseite gestört werden. Ganz besonders aber auch gegenüber dem grossen Bereich des im westlichen Deutschland wichtigen Mittelstandes, den die Bundesregierung mit Recht fördern will. Tatsächlich ist eine falsch verstandene Sozialpolitik eine sehr grosse Gefahr für eine richtige Mittelstandspolitik.

Unverkennbar ist überdies, dass sich die Sozialpolitik heute nicht mehr nur mit dem Blick auf die Binnen-Wirtschaft betrachten lässt. Die zunehmenden internationalen Verpflichtungen - insbesondere auf den Gebieten der Verteidigung und der Entwicklungshilfe - stellen im europäischen Raum dem Staat vor immer neue Belastungen. Dann bringt die wirtschaftliche Integration und überhaupt die Tendenz zum grossräumigen Zusammenschluss neue Probleme. Die Interdependenz der Länder umfasst auch konjunkturelle und inflatorische Gefahren, die nicht zuletzt aus einer falsch verstandenen sozialen Harmonisierung erwachsen können.

Einheitsversicherung für den Gemeinsamen Markt?

Im nationalen wie im übernationalen Rahmen der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft ist es jetzt soweit, dass sich Regierungen und Parlamente werden entscheiden müssen, was sie in ihrer Sozialpolitik wollen: Dort, wo geholfen werden muss, richtig helfen - oder überall ein Pflaster aufkleben, auch auf gesunde Stellen. Eine europäische Sozialreform, die ausschliesslich eine Harmonisierung «nach oben» anstrebt, würde die Diskrepanz zwischen Konjunktur- und Kostenkurven erheblich verschärfen. Es gab schon recht konkrete Vorschläge, nach denen als erste Massnahme einer sozialen Harmonisierung alle Sozialleistungen dem jeweils höchsten Stand angepasst werden sollen. Dann sollte die gegliederte Sozialversicherung aufgelöst werden und die gesamte Bevölkerung in eine Einheitsversicherung kommen. Und schliesslich das Entscheidende: alle Sozial-Leistungen sollte die öffentliche Hand bieten.

Solche Pläne, wie sie vor allem von den Gewerkschaften nach Brüssel getragen werden, geben Stoff zur Diskussion unterschiedlicher Meinungen. Eindeutig ist dagegen das Resultat, soweit es die Finanzen betrifft: Experten schätzen beispielsweise die Mehrbelastung für die

Bundesrepublik Deutschland auf mehr als 57 Milliarden DM. Das entspricht ziemlich genau der augenblicklichen Gesamtsumme des Bundesetats. Nun ist zu bedenken, dass die Bürger der europäischen Gemeinschaft bereits hohe Steuerlasten ohne Aussicht auf einen Abbau tragen. Es sollte der Sinn einer überperfektionistischen Planung sein, diese Lasten ohne Not zu erhöhen.

Die Frage einer sozialen Harmonisierung in Europa darf nicht überstürzt werden, weil man sie nicht isoliert betrachten kann. Solange wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Diskrepanzen bestehen - die zum Beispiel in künstlichen Wettbewerbs-Verzerrungen ihren Ausdruck finden - wird man Vorsicht walten lassen müssen. Im übrigen gilt auch für die Sozialpolitik des Westens, was für Wirtschaftspolitik und Politik gelten muss, der Grundsatz freier, vertrauensvoller Zusammenarbeit in der europäischen und atlantischen Gemeinschaft. Nach wie vor muss man die sozialen Gesetze so planen und zeitlich einordnen, dass sich die Mehrbelastung im Rahmen der Leistungssteigerung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Gesamtkosten-Situation hält.

Aus dem Fürstenhause:

Von der Fürstlichen Kabinettskanzlei wird uns mitgeteilt:

«Seine Durchlaucht der Landesfürst empfing am Freitag, den 2. August 1963 auf Schloss Vaduz Herrn José Oswaldo De Meira Penna, Generalkonsul von Brasilien, zur Entgegennahme des Exequaturs».

sichtigung der Gesamtkosten-Situation hält. Es geht jetzt um die grosse Linie. Sie ist aber nicht identisch mit hohen Beträgen, die in einzelnen Vorschaltgesetzen verpulvert werden und schliesslich über höhere Steuern und höhere Preise bezahlt werden müssen. Nur die Zusammenschau, die gemeinsame Beratung und Behandlung der Sozialgesetze, kann sicherstellen, dass die Ausgaben nicht uferlos auseinanderlaufen. Das gilt sicher nicht nur im westdeutschen Bereich.

Neue Gastbetriebe in Liechtenstein

Ueber das vergangene Wochenende wurde sowohl im Oberland, als auch im Unterland je ein neuer Gastbetrieb offiziell eröffnet. Obwohl es sich beim neueröffneten «Hotel Adler» in Bendern und bei der ebenfalls umgebauten und neueröffneten «Maschlina-Bar» in Triesen um Gastbetriebe handelt, die an sich schon früher bestanden haben, erhielten doch beide Unternehmungen ein völlig neues Gesicht, so dass man ohne weiteres von Neueröffnungen sprechen kann.

Hotel Adler, Bendern

Mit dem Hotel Adler in Bendern, das sei gleich vorweggenommen, wurde ein Gastbetrieb geschaffen, der im Unterländer Fremdenverkehrswesen ohne Zweifel eine grosse Lücke schliesst. Das neue Haus, modern und zeitgemäss gestaltet, passt sich dem Landschaftsbild ausgezeichnet an und bietet dem Ruhe und Erholung suchenden Feriengast den Komfort eines Stadthotels. Die grosse Speisekarte umfasst bei bürgerlichen Preisen eine ganze Reihe von Spezialitäten und dürfte dem Haus in kurzer Zeit auch den guten Ruf eines gern besuchten Speiserestaurants verleihen. Für kleinere Sitzungen oder Familienfeiern steht eine intim gestaltete Ratsherrenstube zur Verfügung. Die

freundliche und moderne Atmosphäre der rund 10 Fremdenzimmer spricht den erholungsbedürftigen Urlauber, ebenso wie den Passanten an, der das gastliche Haus in weniger als fünf Minuten von der Hauptstrasse aus erreicht.

Speziell für Hotelgäste wurde die sog. Römerbar geschaffen, die in rustikalem Stil und unter Verarbeitung von sehr viel Holz eine warme und intime Atmosphäre ausatmet. Es muss als sehr fortschrittliche Haltung des Gampriner Gemeinderates angesehen werden, dass ausser Samstag eine Polizeistundenverlängerung bis 2.00 Uhr gewährt wird. Es wird zu den Aufgaben des Leiters des neuen Gastbetriebes, Herrn Wolfgang Paul gehören, durch eine stramme Führung den nächtlichen Barbetrieb in gediegenem Rahmen zu halten. Wir zweifeln nicht, dass dies der Fall sein wird und freuen uns, dass das Liechtensteiner Unterland mit dem Hotel Adler, Bendern, über einen weiteren Gastbetrieb verfügt, der sich sowohl als Speiselokal, als Kleinhotel und als Stätte der angenehmen Unterhaltung sehen lassen kann.

Maschlina Bar, Triesen

In wenigen Tagen wurde die bekannte Maschlina-Bar in Triesen völlig umgebaut und präsentiert sich jetzt als echtes Tanz- und Un-

Wache Christen

Wellen des Hl. Geistes

Nach dem Tod Papst Johannes XXIII. gab es bei vielen Katholiken nur die eine Sorge, es möge ein Nachfolger gewählt werden, der das Werk Johannes XXIII. fortsetzt. In einem unerwartet kurzen Konklave wurde Paul VI. gewählt. Sein Name bedeutet Programm, bedeutet Apostolat, das die Enge des eigenen Denkens sprengt und in die Weite der Welt vorstösst. Der Name Paulus, des Völkerapostels, sagt uns aber auch gleichzeitig entschlossene Abwehr von allen Irrtümern und Mut zur Anpassung an die Fronten unserer Zeit. An der Spitze steht die Sorge um die Einheit unserer Kirche und um die Lebendigkeit der einzelnen Gemeinden.

Gleich nach seiner Wahl hat uns Paul VI die ersten Vorbilder gegeben. Hier spüren wir die grosse Offenheit unseres neuen Papstes für die Bedürfnisse des modernen Lebens.

Fliessbandpresse

Kardinal Montini wusste um die Bedeutung der Pressearbeit. So hat er in Oberitalien die weitverbreitete Tageszeitung «L'ITALIA» ausgebaut und ihr durch eigene Beiträge ein neues Gepräge verliehen. Einen Tag vor seiner Krönung, am Samstagmorgen, den 29. Juni, ge-

währte Papst Paul VI. rund tausend Journalisten aus aller Welt eine Audienz. «Unsere Erziehung im Elternhaus macht Uns zu einem Euren, macht Uns zu Kollegen und Freunden.» Die Journalisten quittierten diese Worte des hl. Vaters mit stürmischem Beifall.

«Kollegen und Freunde» hat der Papst die Journalisten angesprochen. Er deutete auch gleich die bestehenden und möglichen Beziehungen zwischen einem apostolischen Dienst und der modernen Aufgabe der Journalisten an. Die Briefe des hl. Paulus hätten gewissermassen den Zweck erreichen wollen, den sich heute die Presse setzt, führte der Papst bei dieser Sonderaudienz aus. Er kennt die Auswirkungen der Presse, er kennt die Macht der Journalistik, sonst hätte er nicht die Worte geprägt: «Wir schauen auf euch gleichsam mit Verwunderung: über welche Möglichkeiten, über welche Potenz verfügt ihr!»

Diese Aeusserungen und das Verhalten unseres Papstes noch kurz vor seiner Krönung müsste uns Christen Anlass sein darüber nachzudenken, welche Beziehungen wir in unserem Leben zur Presse haben. Es ward immer wieder diskutiert, warum es keine deutsche, katholische Tageszeitung gibt. Es wird immer wieder darüber gesprochen, dass wir in Druckschriften, Monatsblättern und ähnlichen ertrinken. Aber niemand nimmt die Dinge so ernst, dass er sich persönlich zum Apostolat der Presse-

arbeit aufgerufen fühlt. Gerade die Pressearbeit gehört ja zum unmittelbaren Apostolat des Laien.

Rundfunk

«Vatikanstadt, 28. Juni (KNA). Papst Paul VI. begab sich am Donnerstagmorgen, den 27. Juni, um 17 Uhr in die Zentrale des Vatikanischen Rundfunks in der ehemaligen Sommerresidenz Leo XIII. in den vatikanischen Gärten. Der hl. Vater wurde vom Direktor von Radio Vatikan, P. A. Antonio Stefanizzi S. J., empfangen. Er richtete an die versammelten Mitarbeiter der Sendestation eine kurze Ansprache und besichtigte die technischen Einrichtungen.»

Welche Beziehungen haben wir zum Rundfunk? Gehören wir zu jenen Christen, die den Rundfunk als Berieselung in ihren Tageskalender einbauen? Wo können wir auf eine echte Seelsorge für die Rundfunkschaffenden treffen? Wir haben wohl eine gut organisierte Rundfunkarbeit aber das Menschliche ist bei uns zu sehr in den Hintergrund gerückt. Autoren, Redakteure, freie Mitarbeiter, sie alle haben mehr oder minder den Kontakt, den lebendigen Kontakt zur Kirche verloren. Es ist nicht allein ihre Schuld. Kaum jemand findet sich, der auf die speziellen Wünsche und Sorgen dieser Männer der Publizistik eingeht, der ihnen Vorbilder schafft, der mit ihnen betet, der Antwort auf ihre brennenden Sorgen weiss. Es ist unsere

Aufgabe, dass der Rundfunk kein totes Gerät bleibt, der bei uns in einer Zimmerecke steht, sondern dass wir an die Menschen denken, die hier am Werke sind, um das Programm für uns zu gestalten, dass wir Kontakt zu ihnen suchen, dass wir ihnen ein Echo geben auf das was sie für uns zusammenstellen, was durch die Wellen der Technik in alle Welt verbreitet wird.

Fernsehen

Millionen Katholiken erlebten am Sonntagabend, den 30. Juni die feierliche Krönung Papst Paul VI. in einer Direktübertragung des Fernsehens. Aber nicht nur Katholiken sassen vor dem Bildschirm. Millionen Menschen in aller Welt konnten die Augenblicke der feierlichen Krönung mitvollziehen. Auch damit hat Papst Paul VI. ein Zeichen gesetzt, nämlich dadurch, dass er die Krönung in der Basilika vor die Basilika gelegt hat um zu dokumentieren, dass die Kirche weltweit und offen sein muss. Er wollte allen Menschen Gelegenheit geben seine Krönung mitzufeiern. Das muss uns deutlich machen, dass der neue Papst sehr wohl um die Wirkung der «Massenmedien» Bescheid weiss. Er hat uns gleich am Beginn seines Pontifikats genügend Hinweise gegeben, dass wir Christen mehr als bisher mit den modernen Mitteln unserer Zeit das Evangelium verkünden müssen.